Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags nachm. 4 Uhr. Bezugspr. monatl 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,99 RM zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 203 — 97. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 31. August 1938

Problem Kleinstadt

Der wirtschaftliche Aufschwung, den Deutschland seit der Machtergreifung genommen hat, spiegelt sich auch in dem Wachsen seiner Städte wider. Dieses Wachstum zeigt große Unterschiede. Es tritt äußerlich am stärksten in den industriellen Gebieten in Erscheinung. Anders liegen die Dinge in den kleinen und mittleren Städten, sofern sie nicht durch besondere Umstände begünstigt sind. Einen Begriff hiervon gibt ein Aufsatz in der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung", der die Lage der mecklenburgischen Kleinstädte untersucht und auch die Mittel zur Abhilfe bestehender Mißstände erörtert. Manches, was dort gesagt ist, gilt auch für andere Gegenden.

Von den 52 Städten Mecklenburgs sind 44 Kleinstädte, die sich aus Märkten zu wirtschaftlichen Mittelpunkten der sie umgebenden kleineren Ortschaften und Einzelgehöfte entwickelt haben. Handel und Gewerbe sind zum Hauptteil auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft abgestellt. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit ihrem Ansteigen der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung wirkte sich günstig auf die Entwicklung der Kleinstädte aus, die sich in den Jahrzehnten von 1830 bis 1870 recht gleichmäßig entwickelten. Nach der Reichsgründung und der sprunghaften Industrialisierung verschob sich auch in Mecklenburg das Bild zuungunsten der kleinen Städte. Das Erzeugnis der Fabriken bedrohte Handwerk und Gewerbe. Durch den Ausbau der Bahnen und Kunststraßen erweiterte sich die Marktbedeutung der größeren Städte, die auch von der Industrie für Gründungen neuer Fabriken bevorzugt werden. Seit der Zeit können nur wenige der mecklenburgischen Kleinstädte ihre Einwohnerzahl halten, zum Teil sind die Einbußen bedeutend.

Wohl ist das Eisenbahnnetz seitdem, oft unter großen Opfern der kleinen Städte, weit dichter geworden, aber das Absinken der Bevölkerung konnte dadurch nicht merklich aufgehalten werden. Im Gegenteil zogen die größeren Städte durch die Verdichtung der Bahnen und die Erweiterung des Straßennetzes den größeren Nutzen davon. Sie erhielten als Verwaltungszentren wachsende Bedeutung auf Kosten der Kleinstädte.

Wohl konnten sich die Kleinstädte in der Lebensmittelverteilung einigermaßen behaupten. Beim Hausbedarf aber macht sich schon der Wettbewerb der nächsten größeren Stadt merklich geltend und beim Betriebsbedarf ist der Einfluß der größeren Städte bedeutend. Die Versuche, den Großgrundbesitz in Siedlungen aufzuteilen, dadurch also die Bevölkerung zu verdichten, hat den Kleinstädten nicht die erwartete Verbesserung der Kaufkraft gebracht.

Mit der Zeit machten sich folgende Mißstände immer fühlbarer geltend: Das Handwerk in der Kleinstadt litt an Absatzmöglichkeiten und suchte im Ackerbürgertum einen Ausweg aus seiner schwierigen Lage. Der Handelsstand konnte sich den an ihn gestellten Anforderungen aus Mangel an Mitteln nicht im erforderlichen Maße anpassen. Mancher schwache Betrieb mußte eingestellt werden. Der Grundbesitz litt unter der Zerstückelung des Ackerbürgertums, das in seinen Leistungen hinter der Landwirtschaft weit zurückblieb. Durch die geringe Steuerkraft sind die Kleinstädte behindert, solche Gemeinschaftseinrichtungen zu treffen, wie sie den Anforderungen an das kulturelle Leben entsprechen.

Das „Problem Kleinstadt" stellt die Landesplanungsgemeinschaft Mecklenburg vor schwierige Aufgaben, um die Kleinstadt und ihre Umgebung sinnvoll in eine allgemeine Raumordnung einzufügen. Was sich im Laufe vieler Jahrzehnte zuungunsten der Kleinstädte entwickelt hat, kann nicht in kurzer Frist wieder beseitigt werden. Eine Gesundung kann nicht von außerhalb herbeigeführt werden, sondern muß aus den betreffenden Gemeinden selbst kommen. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Hebung des Ackerbürgertums durch die Beseitigung der Eigentumszerstückelung und der unzulänglichen Pachtverhältnisse durch Flurbereinigung und Umlegung usw.

Bei dem Aufbau der Wirtschaft wurden zunächst die großen und leistungsfähigen Erzeugungsstätten ausgebaut und voll ausgenutzt. Jetzt ist die Zeit gekommen, den Betrieben in den Kleinstädten eine stärkere Förderung angedeihen zu lassen, z. B. durch Uebernahme der Herstellung von Teilfabrikaten. Ferner sind Betriebe der „öffentlichen Hand", wie die Erfahrung gelehrt hat, für die Verlegung in die Kleinstadt sehr geeignet. Eine stattliche Anzahl von leerstehenden Fabriken in den Kleinstädten Mecklenburgs zeugt von Fehlgriffen bei der Verpflanzung von Industrien nach Gegenden mit fehlenden Rohstoffgrundlagen.

Je mehr bei der gegenwärtigen Bevölkerungszunahme gerade die dünnbevölkerten ländlichen Teile des Reichs eine Verdichtung der Bevölkerung zu erwarten haben, schon weil auf dem flachen Lande die Bevölkerungszunahme am stärksten ist, desto eher wird das Gewerbe in der Kleinstadt aus seiner schwierigen Lage zur Gesundung kommen. In dem Maße, in dem das Verkehrsnetz der Kleinstädte erweitert und verbessert wird, wächst ihr Wert für gewerbliche Anlagen. Gelingt es dazu noch, das kulturelle Leben in den Kleinstädten zu fördern, so wird damit die Flucht in die größere Stadt wirksam unterbunden.

Neuer scharfer Protest in Prag

Gegen die neue infame Beschimpfung deutscher Soldatenehre

Der deutsche Geschäftsträger in Prag hat wegen der erneuten unerhörten Beleidigungen des in Mährisch-Ostrau erscheinenden Hetzblattes „Moravskoslezski Denik" über die alte deutsche Armee einen weiteren Protestschritt bei der tschechischen Regierung unternommen. Der deutsche Geschäftsträger hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß es sich bei den Veröffentlichungen der genannten Zeitung um einen planmäßigen Hetzfeldzug gegen das Deutsche Reich handele.

Daß hier ein auf Lügen und Gehässigkeit aufgebautes System vorliegt, wird auch dadurch belegt, daß die in Olmütz erscheinende Zeitung „Pozor" den Hetzartikel des „Moravskoslezski Denik" vom 13. d. M. wörtlich nachgedruckt hat. Die tschechischen Zensurbehörden, deren Wirkungsmöglichkeiten überall da, wo es sich um Zeitungen der Volksgruppen handelt, bestens bekannt sind, haben auch den neuen Hetzartikel ohne Beanstandung erscheinen lassen. Das ist um so erstaunlicher, als der deutsche Konsul in Brünn bereits am 17. August, also eine Woche vor Erscheinen des zweiten Artikels, die Aufmerksamkeit des höheren Landesamtes in Brünn auf die hetzerische Schreibweise der genannten Zeitung lenkte.

Der deutsche Geschäftsträger hat der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Regierung gegen die Zeitungen „Moravskoslezski Denik" und „Pozor" unverzüglich mit nachdrücklichen Mitteln einschreitet und den verantwortlichen Persönlichkeiten eine Fortsetzung ihrer verleumderischen und vergiftenden Hetze gegen das Deutschtum unmöglich macht.

Wann greift Godscha ein?

Der neue deutsche Protestschritt in Prag mag der tschechischen Regierung zeigen, daß das nationalsozialistische Deutschland keinesfalls gewillt ist, die Ehre seiner Soldaten beschmutzen zu lassen. Es ist ein schlechtes Zeichen für eine Staatsführung, wenn sie solchen Jämmerlingen, die mit ihren Sudeleien das Tschechentum zum Haß gegen Deutschland aufhetzen, nicht beizeiten das Handwerk legt. Es ist ein trauriges Dokument, wenn in einer Zeit, da die Frontsoldaten aller Länder einander sich in Achtung begegnen und Brücken von Volk zu Volk zu schlagen versuchen, tschechische Schmierfinken alte Greuelmärchen aufwärmen, die ebenso frech wie dumm sind. Sie beweisen mit den plumpen und infamen Lügen, daß sie selbst niemals an der Front gestanden haben. Zugleich stellen sie sich in die Reihe jener Verbrecher, die die Völker in einen neuen Krieg hetzen wollen.

Der erste Protestschritt in Prag hat nicht erreicht, daß den Haßaposteln ein Schloß vors Maul gelegt wurde. Sie haben ihre erste Hetze wiederholen und noch übertrumpfen und ein anderes Blatt hat die gemeinen Lügen und Beleidigungen übernehmen können, ohne daß sich die Zensoren, die doch, wenn es sich um Druck-Erzeugnisse der Volksgruppen handelt, sinnlos wüten, streichen und verbieten, auch nur einmal eingeschritten wären. Somit muß man also annehmen, daß sich die staatlichen Behörden hinter die infamen Lügner und Hetzer stellen und ihnen das Feld freihalten für Verunglimpfungen und Beleidigungen des Deutschtums.

Alle diese Niederträchtigkeiten erfolgen unter den Augen des englischen Vermittlers Lord Runciman und in einer Zeit, da die Entwicklung der Dinge der Entscheidung zutreibt. Aber merkwürdigerweise weiß die englische Presse, die sich in diesen Tagen wieder ganz in der Rolle des Splitterrichters gefällt, nichts von den unglaublichen tschechischen Anpöbelungen. Stattdessen fühlt sie sich berufen, Deutschland Ermahnungen zu geben und den „Verständigungswillen" Prags herauszustreichen. Wenn der ständig wachsende Tschechenterror und die ihn begleitende Hetzkampagne ein Beweis für den Verständigungswillen sein sollen, dann allerdings fehlt uns jede weitere Definierung des Wortes Verständigung.

Der Londoner Kabinettsrat

Teilnahme des britischen Botschafters in Berlin

Unter stärkster Anteilnahme der englischen Oeffentlichkeit fand am Dienstag in London eine Kabinettssitzung statt, an der alle in London weilenden Regierungsmitglieder sowie der britische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson, teilnahmen. Das Haus Downingstreet 10 war von Menschen dicht umlagert, die von der Polizei zurückgehalten werden mußten.

Die Londoner Presse begleitet die Kabinettsberatungen in London mit eingehenden Betrachtungen über die tschecho-slowakische Frage. Die „Times" stellt bezeichnenderweise den „versöhnlichen Geist" der Prager Regierung wieder in den Vordergrund, die, wie das Blatt zu wissen glaubt, einer neuen Verhandlungsbasis zugestimmt habe.

Ministerkonferenz in London.

Der nach London gerufene englische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson (zweiter von rechts), mit dem englischen Außenminister Lord Halifax (rechts) und den englischen Schatzkanzler Sir John Simon (links neben Henderson) beim Verlassen des Auswärtigen Amtes in der Downing Street in London. (Scherl-Wagenborg-M.)

„Dieser Geist", so schreibt die „Times" weiter, „wird hoffentlich von sudetendeutscher Seite mit Entgegenkommen beantwortet." Der Berliner Korrespondent der „Times" meint, daß, welche Lösungsvorschläge Prag auch in den nächsten Tagen machen mag, sie wenig Aussicht hätten, Berlin zu gefallen. Der Prager Berichterstatter der „Times" ist offensichtlich bemüht, die neuen Terrorakte und Ueberfälle tschechischer Horden auf wehrlose Sudetendeutsche als unbedeutend hinzustellen.

Während die „News Chronicle" eine etwas zuversichtlichere Stimmung in Londoner politischen Kreisen feststellen zu können glaubt, meint der „Daily Telegraph", daß der Bericht des britischen Botschafters in Berlin nicht ermutigend gewesen sei.

Der amtliche Bericht über die Ministersitzung

Ueber die Ministerbesprechung wurde lediglich folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

„In Nr. 10 Downing Street wurde heute morgen um 11 Uhr eine Ministerbesprechung abgehalten, bei der achtzehn Minister anwesend waren: Der britische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson, war ebenfalls anwesend. Der Außenminister gab einen vollständigen Bericht über die internationale Lage, und bei Abschluß der Sitzung erklärten die Minister, daß sie die bisherigen Handlungen sowie ferner die Politik, die in Zukunft verfolgt werden soll, voll billigen. Es ist keine weitere Zusammenkunft vorgesehen. Die Minister werden jedoch in erreichbarer Nähe Londons verbleiben."

Weiter wurde amtlich bekanntgegeben, daß die Aerzte erklärt haben, mit dem Gesundheitszustand des Premierministers zufrieden zu sein. Der Premierminister hat daher London wieder verlassen, um sich nach Balmoral zum König zu begeben, bei dem er mehrere Tage verweilen wird.

Instruktionen für den englischen Botschafter in Berlin

Das Ergebnis der Ministerbesprechung in London wird in diplomatischen Kreisen Englands als ein Zeichen für eine beträchtliche Beruhigung angesehen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß das britische Kabinett keinerlei „Sofortmaßnahmen" für erforderlich gehalten hat. Gut unterrichtete Kreise wollen das darauf

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF